



Mit und ohne Gentechnik - in der konventionellen Landwirtschaft werden häufig chemische Spritzmittel eingesetzt (vierdrie / freimages)

Grüne werfen Regierung Verharmlosung von Glyphosat vor

Veröffentlicht am: 24.07.2013

Das Unkrautvernichtungsmittel Glyphosat ist für manche das sicherste und am häufigsten getestete Herbizid der Welt, für andere ist es eine gefährliche Chemikalie. Die Debatte darum ist vor allem nach dem Fund des Spritzmittels im Urin zahlreicher Stadtbewohner in Europa wieder hochgekocht. Die Grünen werfen der schwarz-gelben Koalition vor, nicht aktiv

zu werden: „Um ihr eigenes, auf Pestiziden aufgebautes Agrarmodell nicht hinterfragen zu müssen, bleibt die Bundesregierung trotz vielfältiger Risikoindizien zu Glyphosat bei ihrer Linie des Ignorierens, Verdrängens, Verharmlosens und sich Herausredens.“

In einer Antwort auf eine Anfrage der grünen Bundestagsfraktion räumt die Regierung zwar ein, es gebe eine „allgemeine Hintergrundbelastung europäischer Bürger mit Glyphosat“. Darauf hatte eine vor kurzem veröffentlichte Studie des Medizinischen Labors Bremen im Auftrag des Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) hingewiesen. Es sei auch „wahrscheinlich“, dass Rückstände des Herbizids auf den Tellern der Verbraucher landeten – allerdings sei die Belastung geringer, als gesetzlich erlaubt. Ähnlich äußerte sich zuvor auch das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR), eine Behörde des Agrarministeriums.

Ansonsten erklärte die Regierung, ihr seien keine negativen Auswirkungen von Glyphosat auf die Gesundheit von Menschen und Säugetieren bekannt. Zwei Studien, wonach Tiere, die mit der Chemikalie besprühte Futterpflanzen fressen, schwerwiegende Magenenerkrankungen bekommen könnten, sind aus Sicht des BfR nicht aussagekräftig. Um künftig feststellen zu können, ob Glyphosat das Gleichgewicht von förderlichen Bakterien und Krankheitserregern durcheinander bringt, habe die Regierung jedoch das BfR beauftragt, die Bakterienzusammensetzung von Rindermägen im Labor zu simulieren.

Die Grünen werten das als Zeichen, dass CDU und FDP ihre offizielle Position, Glyphosat sei sicher, doch nicht „so ganz geheuer“ sei. Indizien für Gesundheitsrisiken gebe es jedenfalls genug. So müsse dringend untersucht werden, ob der massive Einsatz von „Roundup“ - dem glyphosathaltigen Spritzmittel des Agrar-Konzerns Monsanto – auf Feldern mit Gentechnik-Soja in Argentinien für Missbildungen von Kindern und hohe Krebsraten verantwortlich sei. Argentinische Umweltschützer und Bürgerinitiativen verweisen auf entsprechende Fälle in Dörfern, die unmittelbar neben solchen Plantagen liegen. Die Bundesregierung erklärte allerdings, es lägen ihr keine wissenschaftlichen Untersuchungen vor, die einen tatsächlichen Anstieg von Krankheitsfällen belegen würden. Die Grünen kontern mit dem Verweis auf Klinikdaten, die die Provinzregierung von Gran Chaco sammeln ließ. Sie monieren auch, dass die meisten Studien zu Glyphosat von der Agrochemie-Industrie selbst stammen.

Der Bundesregierung gehe es darum, die Glyphosat-Thematik „auszusitzen“, bis 2015 die Neuzulassung des Mittels in der EU ansteht, kritisieren die Grünen. Das BfR spielt in diesem europaweiten Prozess eine Schlüsselrolle als Berichterstatter. Maßnahmen zur deutlichen Senkung des Glyphosat-Verbrauchs in Deutschland – 2011 wurden über 5.000 Tonnen abgesetzt – erwartet die Oppositionspartei von Schwarz-Gelb nicht. Anders als in Österreich: dort wird das Besprühen von Getreide kurz vor der Ernte, um es schneller abreifen zu lassen, wohl bald verboten. [dh]

[Links zu diesem Artikel](#)

- [Antwort der Bundesregierung zu Gesundheitsrisiken von Glyphosat \(Juli 2013\)](#)

- Grüne: Bewertung der Antwort der Bundesregierung zu Glyphosat (23.07.13)
- Infodienst: Studie zu Glyphosat in Urin: Haben Sie Unkrautvernichtungsmittel im Körper? (13.06.13)
- Infodienst: Österreich auf dem Weg zum Teilverbot von Glyphosat (02.07.13)
- Infodienst: Dossier Roundup/Glyphosat und Gentechnik-Pflanzen